

Jacqueline Wick im Gespräch mit Grossratspräsidentin Edith Saner

Was die Jungen von der Grossratspräsidentin schon immer wissen wollten.

Wie fühlt es sich an, höchste Aargauerin zu sein?

Das ist für mich eine Ehre und ich bin immer noch sehr berührt, dass ich in dieses Amt gewählt wurde.

Häufig werde ich gefragt, wie ich zur Politik kam. Passiert dir das auch, und was antwortest du?

Ja, diese Frage wird mir auch ab und zu gestellt. Ich kam zur Politik, weil mich gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen immer interessiert haben und ich mich schon als junge Frau für unterschiedliche Themen eingesetzt habe.

War für dich immer klar, dass du zur CVP gehst?

Ich war lange parteilos. Als Gemeindeammann wurde mir dann aber bewusst, wie wichtig es ist, einen Rückhalt durch eine Partei zu haben. Die Personen in unserem Dorf, mit denen ich am meisten im Austausch war, gehörten der CVP an. Und für mich war schnell klar, dass ich in einer Mittepartei politisieren möchte.

Würdest du etwas anders machen, wenn du nochmals in meinem Alter wärst?

Ich würde mir selbst erlauben, mal unbezahlten Urlaub zu nehmen, andere Länder zu bereisen, Sprachen zu lernen oder auch einen Flamenco-Kurs machen.

Hast du für uns Junge irgendeinen Tipp, in Bezug auf die Politik oder auch sonst fürs Leben?

Keine einfache Frage, da ich es immer als schwierig erachte, Tipps zu geben. Schön wäre, wenn sich die junge Generation mit Neugier für öffentliche Themen interessiert. Und auch den Mut hätte, uns «Älteren» Blickwinkel aufzuzeigen, die wir mit unserer Brille nicht oder nicht mehr sehen.

Gibt es irgendein Erlebnis in deiner politischen Karriere, dass dich besonders geprägt hat oder dir speziell in Erinnerung geblieben ist?

Als Gemeindeammann wurde ich mit vielen Anliegen einzelner Menschen konfrontiert. Viele davon haben mich sehr geprägt und mich auch in Bezug auf schnelle Entscheidungen achtsamer und vorsichtiger gemacht.

Was würdest du gerne ändern im Kanton Aargau, von heute auf morgen, wenn du die Möglichkeit dazu hättest?

Dass wir neben all den Sporbemühungen unser Kulturangebot, die sehr guten Bildungsmöglichkeiten und die super Gesundheitsversorgung nicht vergessen und unseren Fachkräften Sorge tragen. Von heute auf morgen würde ich nichts ändern, weil ich weiss, dass dies unrealistisch ist. Veränderungen brauchen Zeit, müssen aber mit ersten Schritten begonnen werden.

Zum Schluss: Gibt es etwas, dass du in deinem Jahr als Grossratspräsidentin unbedingt erreichen möchtest?

Ja, ich möchte den Aargau in seiner Vielfalt und den unterschiedlichen Regionen

noch besser kennenlernen. Und ich wünsche mir, dass ich vielen Menschen, die sich für unseren Kanton in irgendeiner Weise einsetzen, im Namen des Grossen Rates und der Regierung danke sagen kann. Denn unsere Vielfalt braucht Menschen, die sich engagieren und ihr Wissen und die Erfahrung in kleinen wie in grossen Dingen einbringen. Und ich hoffe, dass ich trotz der Auswirkungen des Coronavirus viele meiner Zielsetzungen erreichen kann.

Jacqueline Wick, Co-Präsidentin Junge CVP Aargau, Bremgarten

Kurzportrait Jacqueline Wick

Geburtsdatum: 25. Juli 2000

Beruf: Studentin Rechtswissenschaft, 1. Semester, UZH

Hobbys: Reisen, Lesen, Shoppen und natürlich Politik

Grossratskandidatin Bezirk Bremgarten, 04.06.



Neue Wahlkampfträume

Was für ein Unterschied, der Wahlkampf 2019 und der Wahlkampf 2020! Vor einem Jahr waren wir unterwegs mit unserem orangen Bus. Wir verteilten Oster Eier, Muttertagsrosen, standen auf der Strasse mit unserer Wahlwerbung und zogen mit einem riesigen Umzug durch die Badener Innenstadt. In diesem Jahr mussten wir sozusagen alle Aktionen ab-sagen, inklusive zweier Parteitage.

Die Wahlen mussten trotzdem vorbereitet werden, die Kandidierenden angefragt, die Wahllisten und die Wahlbeilagen erstellt, die Plakate, Postkarten und Flyer gedruckt werden. Und weil grössere Treffen im öffentlichen Raum wegen der

Gesundheitsmassnahmen nicht möglich sind, haben wir neue Orte erobert im digitalen Raum. So fassten wir unter anderem unsere Abstimmungsparolen für den September in sieben halbstündigen virtuellen Parteitag.

Corona bildet für alle Parteien die gleiche Herausforderung, öffentlich wahrgenommen zu werden. Wir haben den Vorteil, mit unserer Grossratspräsidentin Edith Saner, unserem Landammann Markus Dieth und unserem Fraktionschef Alfons Kaufmann starke Zugpferde zu haben. Die Arbeit der CVP gerade in Krisenzeiten wird registriert. Für das Gesundheitssystem, für unsere Arbeitsplätze, für unsere

KMU, für unsere Familien und Kinder und für eine lebenswerte Umwelt.

Unsere 135 Kandidierenden auf den Listen CVP **Die Mitte** sind in allen Bezirken bereit. Mit Ihren Stimmen treten sie aus dem digitalen Raum heraus und bilden zur neuen Legislatur eine Fraktion, die die Politik im Grossen Rat aus einer starken Position der Mitte prägen wird.

Danke für das grosse Engagement aller.

Marianne Binder, Präsidentin CVP Aargau, Nationalrätin, Baden



Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Nein zur wirtschaftsfeindlichen Kündigungsinitiative der SVP



Andreas Meier will dem Isolationismus à la SVP mit einem Nein zur Begrenzungsinitiative eine Abfuhr erteilen.

Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» fordert eine eigenständige Regelung der Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern. Neue völkerrechtliche Verträge für Personenfreizügigkeit dürfen nicht mehr eingegangen und bestehende Verträge sollen angepasst werden. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU muss auf dem Verhandlungsweg innert 12 Monaten ausser Kraft gesetzt werden. Gelingt dies nicht, folgt die Kündigung innerhalb von 30 weiteren Tagen.

Kontakte für Netzwerk wichtig

Die Initiative nimmt uns die Freiheit, überall in Europa zu lernen, zu leben und zu arbeiten. Denn Freizügigkeit funktioniert in beide Richtungen. Jährlich machen tausende Schweizer im EU/EFTA-Raum ein Austauschsemester, ein Praktikum oder einen Sprachaufenthalt. Nach dem Nein zum EWR hat die Schweiz über 12 Jahre gebraucht, um über eine grosse Zahl von Abkommen und Verträgen, den sog. Bilateralen I, II und den Evolutionsklauseln, eine stabile Position in Europa auszuhandeln. Eine Kündigung hätte gravierende Auswirkungen für die Wirtschaft, die Forschung und die Arbeitsplätze. Ohne bilaterale Verträge verlieren wir den privilegierten Zugang zum wichtigsten Absatzmarkt. Mehr als die Hälfte unseres Aussenhandels läuft über die EU.

Darum NEIN zur Kündigungsinitiative

Die Volksinitiative gefährdet ohne Not die Bilateralen Verträge. Spätestens Ende 2021 würde die Schweiz ohne die Bilateralen I dastehen. Sie ist damit eine «Kündigungsinitiative». Destabilisierung und Alleingang ist keine Lösung. In derart unsicheren Zeiten ist die Beziehung zur EU, unserem wichtigsten Absatzmarkt und engsten kulturellen Verbün-



deten, unverzichtbar. Wenn überall die Zölle angehoben und neue Handelshürden aufgebaut werden, ist es verantwortungslos, mit der wichtigsten Handelspartnerin zu brechen. Um Lohndumping zu verhindern und in der Schweiz wohnhafte Arbeitskräfte zu schützen, sind mehrere Massnahmen geplant (Überbrückungsleistungen) oder bereits in Umsetzung (Stellenmeldepflicht). Dem Isolationismus à la SVP gehört mit einem Nein zur Begrenzungsinitiative auch bei dieser neuerlichen Zwängerei eine massive Abfuhr erteilt.

Andreas Meier, Grossrat, Klingnau



Jagdgesetz ist ausgewogen

Die Überarbeitung des 34-jährigen Gesetzes war nötig, weil sich die Bestände geschützter Arten stark vergrössert haben. Angestossen hat die Revision CVP-Ständerat Stefan Engler. Selbstverständlich dürfen die geschützten Tiere in ihren Beständen nicht gefährdet werden. Viele der Revisionspunkte sind unbestritten, so etwa zusätzliche Bestimmungen zu den Themen Nachhaltigkeit, Tierschutz und Tiergesundheit. Der Schiessnachweis für Jäger wird obligatorisch und auch die Pflicht zur Nachsuche bei angeschossenem Wild.

Ja zum Jagdgesetz

Der Aargau profitiert von verschiedenen Anpassungen im Bereich der zusätzlichen Finanzierung des Bundes von Schutzgebieten oder Wildtierkorridoren oder der Abgeltung bei Wildschäden. So werden beispielsweise Schäden von Bibern an Infrastrukturbauten wie Stras-

sen entschädigt, was die Akzeptanz der stark wachsenden Population des Bibers erhöht. Schlussendlich haben wir ein Interesse daran, dass unsere Alpen mit ihrer vielfältigen Biodiversität erhalten bleiben. Die Bewirtschaftung von Alpen mit erhöhtem Wolfsdruck wird zunehmend schwierig. Die Folge davon ist die weitere Vergandung und Verwaldung der Alpen und damit ein Rückgang der Artenvielfalt. Um den Wolfbestand zu regulieren, muss jedoch eine Reihe von Massnahmen erfüllt sein und der Bund wie auch die Umweltverbände haben die Beschwerdemöglichkeit.

Das neue Jagdgesetz ist eine ausgewogene Lösung, weshalb es die CVP-Bundesfraktion mit 38 zu 1 Stimme bei einer Enthaltung unterstützt hat.

Ralf Bucher, Grossrat, Mühlau



Ralf Bucher wirbt für ein Ja zum Jagdgesetz.

Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

Wer Kinder grosszieht, erbringt für die Gesellschaft eine besondere Leistung.



Ja als Wertschätzung zugunsten der Familien.

Die Gesetzesrevision beinhaltet zwei Anpassungen:

1. Eltern sollen künftig die effektiven Kosten für die familienergänzende Kinderdrittbetreuung bei der direkten Bundessteuer (DBST) bis maximal Fr. 25'000 pro Jahr und Kind vom Einkommen abziehen können. Heute: Fr. 10'100.

2. Das Parlament hat auf Einzelantrag von CVP-Nationalrat Philipp Kutter zusätzlich den allgemeinen Kinderabzug bei der DBST von Fr. 6'500 auf Fr. 10'000 erhöht.

Die Revision erfolgt im Rahmen der Fachkräfteinitiative (FKI), die zum Ziel hat, negative Erwerbsanreize im Steuersystem zu reduzieren. Die Erwerbsanreize werden gestärkt, insbesondere für gut qualifizierte Elternteile. Die erwarteten Steuerausfälle belaufen sich insgesamt auf 350 Mio. Franken.

Familien entlasten – Vereinbarkeit Familie und Beruf fördern

Durch die Gesetzesrevision sollen jene

rund 900'000 Eltern des Mittelstands (Haushalte, die zwischen 70 und 150% des mittleren Einkommens verdienen) entlastet werden. Diesen Eltern kommen bislang kaum Vergünstigungen zugute. Ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von ca. Fr. 7'500 können Eltern von den höheren Kinderabzügen profitieren. Familien mit tieferen Einkommen bezahlen meist keine DBST, erhalten Subventionen für die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern und Krankenkassenprämienverbilligungen – was wichtig und richtig ist.

Mit der Erhöhung des Kinderabzugs auf Bundesebene werden alle Familien entlastet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter gefördert. Die Steuererleichterung ist eine kleine Wertschätzung zugunsten der Familien, die eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernehmen.

Cécile Kohler, Grossrätin, Lenzburg

JA zu einem zeitgemässen Vaterschaftsurlaub



Andre Rotzetter wünscht sich eine zeitgemässe Lösung.

Watson zeigte im Zusammenhang mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative auf einer Europakarte, dass die Schweiz als einziges Land keinen Vaterschaftsurlaub kennt. Offensichtlich gab es einige in der SVP, die meinten, sie müssen die Schweiz wieder gegen das böse Europa verteidigen und das Referendum ergriffen haben. Weshalb setzte sich die CVP im Parlament fast einstimmig für den Gegenvorschlag ein?

- Der Vaterschaftsurlaub ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine bezahlte berufliche Auszeit ermöglicht auch Vätern das Eintauchen

in den Familienalltag. Dies fördert längerfristig eine ausgewogene Verteilung der Rollen zwischen beiden Geschlechtern.

- Väter erhalten heute immer noch nur einen freien Tag zum Anlass der Geburt ihres Kindes. Vaterschaft wird also gleich behandelt wie ein Wohnungsumzug.

- Der Vaterschaftsurlaub soll flexibel verteilt auf die ersten sechs Lebensmonate des Neugeborenen bezogen werden können. Mit diesem Modell lassen sich bessere Lösungen mit den Arbeitgebern finden. Es sind insbesondere auch die Arbeitgeber, die von einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf profitieren.

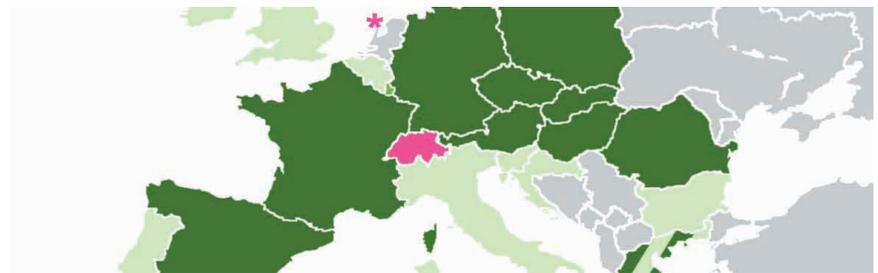
- Heute können sich oft nur grössere Unternehmen einen längeren Vaterschafts-

urlaub leisten. Dank des zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs sollen auch KMU künftig frischgebackenen Vätern in ihren Unternehmen einen Vaterschaftsurlaub anbieten können. Dies steigert ihre Attraktivität als Arbeitgeber für junge Arbeitnehmende.

- Die Kosten betragen rund 230 Millionen Franken und werden über die Erwerbssersatzordnung durch die Kürzung des Militärdienstes finanziert.

Ich setze mich aus Überzeugung für ein JA zum Vaterschaftsurlaub ein.

Andre Rotzetter, Grossrat, Buchs



Die Schweiz kennt als einziges Land keinen Vaterschaftsurlaub.

Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Ja zu neuen Kampfflugzeugen, Ja zu unserer Armee!



Für Roland Kuster ist Sicherheit kein Luxus.

Die Schweiz soll die seit 1978 im Einsatz stehende F-5E Tigerflotte und die 1996 beschafften F/A-18 Hornet Kampfflugzeuge für maximal 6 Mrd. Franken durch moderne Flieger ersetzen. Die Tiger sind bereits heute völlig veraltet und die Hornet Kampf-

flieger werden bis 2030 ebenfalls an ihr Nutzungsende kommen. Ohne Erneuerung der Kampfflieger wird der Schweizer Luftraum ab 2030 ungeschützt sein.

Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum ergriffen. Letztlich geht es um die grundsätzliche Frage: Schutz der Schweizer Bevölkerung, ihrer Infrastruktur, Gesellschaft, Wirtschaft und letztlich des Staates – Ja oder Nein?

Keine Armee ohne Luftwaffe.

Die Luftwaffe hat zur Gewährleistung des Schutzes von Freiheit und Sicherheit verschiedene Aufgaben. In Friedenszeiten gewährleistet sie den Luftpolizeidienst. Dauernd sind zwei bewaffnete Flugzeuge mit Piloten und Pilotinnen einsatzbereit, um Flugzeuge, welche unerlaubterweise unsere Grenzen verletzen zur Umkehr oder Landung zu zwingen. Auch im zwar seltenen Fall erhöhter Spannungen, verhindert die Luftwaffe

die unbefugte Nutzung unseres Luftraumes. Sicherheit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit!

Der verfassungsmässige Auftrag der Landesverteidigung ist ohne Luftwaffe mit ihren modernen Fliegern nicht möglich. Bodentruppen können ohne Schutz des Luftraumes nicht mehr in den Einsatz gelangen. Das Verbundsystem Luftwaffe und Heer würde zur Bedeutungslosigkeit degradiert.

Die Kampffjets werden ausschliesslich aus dem ordentlichen Armeebudget finanziert. Es werden keine Budgets anderer Departemente gekürzt. Die Ausgaben für die gesamte militärische Landesverteidigung gemessen am Bruttosozialprodukt steigen in den nächsten 10 Jahren von 0,7 auf rund 0,8%. Im internationalen Vergleich sehr wenig!

Roland Kuster, Grossrat,
Gemeindeammann, Wettingen

2 x JA zu einer zeitgemässen Schulführung

Damit bei der Neuorganisation der Führungsstrukturen die bisherigen Pflichten der Schulpflege an die Gemeinderäte übertragen werden können, müssen Kantonsverfassung und Schulgesetz angepasst werden. Der Grosse Rat hat die Vorlage mit grosser Unterstützung aus fast allen Fraktionen mit 105 zu 25 Stimmen beschlossen.

Die Einführung der Schulleitungen hatte zum Ziel, die Schulen wirkungsorientiert und effizient zu führen. Das Modell Schulleitung hat sich etabliert und funktioniert. Viele frühere Schulpflegeaufgaben haben sich heute zur Schulleitung oder -verwaltung verschoben. Die Schulpflege ist weit weg vom Schulalltag und hat nur eingeschränkte Einblicke ins Schulleben. Die strategische und finanzielle Sichtweise dient

als Kompass für die Entscheidungsfindung in der Unternehmensführung; in der Schule ist es nicht anders. Strategische Entwicklungen sind häufig an finanzielle Ressourcen gebunden; für einen Mehrwert gehören diese beiden Führungskompetenzen in eine Hand. Der Gemeinderat steht künftig auch für die Bildung in der politischen Gesamtverantwortung. Entscheide können effizienter, bedarfsgerechter und schneller getroffen werden.

Schulpflegen braucht es nicht mehr! Nicht etwa, weil sie schlechte Arbeit geleistet haben, sondern weil sich das schulische Umfeld geändert hat! Darum: 2x Ja!

Jürg Baur, Grossrat, Brugg



Jürg Baur sagt als Schulleiter 2x Ja.

Warum ich die Schulpflegen beibehalten möchte



Isabell Landolfo wirbt für ein Nein zur Abschaffung der Schulpflege

Die wertvolle Arbeit, die die Schulpflegen (zu einem grossen Teil ehrenamtlich) leisten, verschwindet nicht automatisch mit ihrer Abschaffung. Gemeinderat, Schulleiter und allenfalls Schulkommissionen werden den Rucksack übernehmen und entsprechend aufgestockt und entlohnt werden müssen.

Gleichzeitig verlieren wir Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die aus unserer Sicht für die strategische Leitung der Schule (und das Wohl und die Bildung unserer Kinder) am besten geeigneten Personen selber wählen zu dürfen. Gibt es keine Schulpflegen mehr, fehlt den Eltern in Problemsituationen eine wertvolle, bürgernahe Anlaufstelle.

Im Gegensatz zum Gemeinderat, ist die Schulpflege keinen finanzpolitischen Strategien unterworfen. Dies ermöglicht ihr, sich voll und ganz für die Bildung und die Chancengerechtigkeit einzusetzen. Lassen wir unseren Schulen diese wichtige Lobby!

Ich sage zweimal Nein zur Abschaffung der Schulpflege und damit zu Mehrkosten ohne entsprechenden Mehrwert.

Isabell Landolfo,
ehemalige Schulpflegepräsidentin,
Präsidentin CVP Kulm Die Mitte, Birrwil

Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

Begrenzungsinitiative	NEIN
Jagdgesetz	JA
Steuerliche Berücksichtigung Kinderdrittbetreuungskosten	JA
Erwerbsersatz Dienstleistende und Mutterschaft	JA
Beschaffung neuer Kampfflugzeuge	JA

Kantonale Vorlagen

Neuorganisation Führungsstrukturen Volksschule:	
Änderung Verfassung	NEIN
Änderung Schulgesetz	NEIN
Energiegesetz	JA

JA zum Energiegesetz – für unser Klima und unsere Umwelt

Beim revidierten Gesetz setzt man vor allem auf Energieeffizienz bei den Gebäuden und auf erneuerbare Energien. Es wird folgende wesentliche Änderungen bringen:

Wärmenutzung in Gebäuden & Gebäudetechnik

Gebäude sollen effizient und sparsam im Energieverbrauch sein und wo möglich erneuerbare Energie nutzen. Neubauten müssen strengere Grenzwerte einhalten, die aber nach heutigen Massstäben einfach erreicht werden können.

Eigenstromerzeugung bei Neubauten

Neubauten müssen einen Teil ihrer Elektrizität selber erzeugen. Die Technologie ist nicht vorgeschrieben. Wer sich an einer gemeinschaftlichen Anlage beteiligt, kann von dieser Pflicht befreit werden.

Heizungersatz

Wer seine Heizung ersetzt, muss künftig mindestens 10% der Energie durch erneuerbare Energie bereitstellen, dies durch Effizienzmassnahmen, alternative Technologien oder durch Beimischung von Biogas, falls z.B. Erdgas verwendet wird. Ölheizungen sind nicht verboten. Zentrale Elektroheizungen dürfen nicht 1:1 ersetzt werden. Dieselbe Wärmemenge kann mit Wärmepumpen viel effizienter bereitgestellt werden.

Gebäudeautomation

Neue Verwaltungs- & Verkaufsgebäude sowie Restaurants werden mit einer Gebäudeautomation ausgerüstet, damit eine effiziente Nutzung stattfinden kann.



Alfons Paul Kaufmann setzt sich für ein Ja zum Energiegesetz ein.

Mit dem Ausbau und den Investitionen in alternative Energien vor Ort sind wir weniger von ausländischen Energielieferanten abhängig. Die einheimischen Unternehmungen werden unterstützt und damit viele Arbeits- und Lehrplätze sichergestellt. Die Anforderungen sind mit Augenmass formuliert, damit sie wirtschaftlich tragbar und finanzierbar sind. Darum legen auch Sie ein klares Ja zum neuen Energiegesetz ein.

Alfons Paul Kaufmann, Grossrat,
Fraktionspräsident, Wallbach

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@cvp-aargau.ch**

Liste 4
in den Grossen Rat
und Markus Dieth in den Regierungsrat
Geben Sie auch unseren
Kandidierenden
Bezirks- und Kreisbehörden
Ihre Stimme

Bezirks- und Kreisbehörden
27. September 2020
Grosser Rat und Regierungsrat
18. Oktober 2020

cvp Die Mitte

Herausgeber
CVP Aargau,
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau

Erscheinungsweise
4–5× jährlich

Jahresabonnement
Fr. 40.–

Auflage
7000 Exemplare

Administration
Sekretariat CVP Aargau,
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail
info@cvp-aargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck
Bürli AG, Döttingen